

KGW's Rundschreiben

24.06.2014
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Vor ca. 14 Jahren wurde die Europäische Währungsunion gegründet. Heute müssen wir resümieren, dass der Gedanke eines gemeinsamen Europas in weiter Ferne gerückt ist. Namentlich in den Peripherieländern gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit. Auf Grund vieler Fehler der Politik und Finanzindustrie ist man vom Gedanken des „Wohlstands für alle“ abgekommen und sieht darüber hinaus den europäischen Zusammenhalt bedroht. Die Integrationsbereitschaft der einzelnen Länder untereinander ist Wunschdenken, so dass die Schere zwischen armen und reichen Ländern zu sozialer Instabilität geführt hat. Nur massive Geldspritzen haben die südlichen Länder durch die Krise geführt und halten das System Euro lebensfähig. Die Euro-Zone stellt sich heute mit instabiler Struktur aus gegensätzlichen nationalen Interessen der einzelnen Länder dar.

Mit der Europawahl vor einigen Wochen wollte man ein Glaubensbekenntnis für Europa abgeben. Wahlmüde Europäer (Polen weniger als 25%, Tschechien und Slowakei sogar nur unter 20% Wahlbeteiligung) nominierten Parteien, die sich zum europäischen Einheitswerk bekennen. Darüber hinaus, und das erschüttert natürlich die Politiker, wurden 140 EU-Skeptiker gewählt, die künftig auch mitreden wollen. Für alle wird es wahrscheinlich darum gehen, sich auf den kleinsten gemeinsamen politischen Nenner zu einigen und nicht Verpflichtungen im Sinne des „europäischen Geistes“, wie z.B. Strukturreformen, Konsolidierung der Finanzen und europäische Wettbewerbsfähigkeit, als künftigen Kurs zu stabilisieren. Aktuell steht der Personalpoker um Herrn Juncker im Vordergrund. Ohnehin fordern die Südstaaten (angeführt von Frankreich) eine Lockerung des von Kanzlerin Merkel vorgegebenen Sparkurses. Kritik kommt vom Wahlverlierer, dem britischen Premier David Cameron, der die EU als zu großes und herrisches Gebilde sieht, das sich überall zu viel einmischt. Er lehnt (bisher noch) Juncker rigoros ab. Wenn er Veränderungen einfordert, dann ist das sicherlich löblich. Nur muss man auch gleichzeitig sagen, wie sie umgesetzt werden sollen. Wenn die Italiener ab Juli den EU-Ratspräsidenten stellen, kann man eher mit einer Verwässerung des Stabilitätspaktes rechnen, als mit Ideen für ein künftig krisenfestes Europa. Die derzeit tief gesplante EU gleicht einem politischen Folkloretanz, bei dem jeder vor sich hin stolpert, statt nach einer Musik zu tanzen, die von einem Dirigenten begleitet wird, der Visionen für ein Europa der Zukunft hat. Auch wenn die gewählten Protestparteien wahrscheinlich keinen direkten Einfluss im Parlament haben werden, muss jemand da sein, der für Disziplin sorgt und Personen wie Geert Wilders, Beppe Grillo, sowie die griechische Neonazi-Partei Goldene Morgenröte (auch wenn sie nur 3 Mandate im EU-Parlament hat) in die Schranken verweist. In den nächsten 5 Jahren muss Europa zeigen, wo es wirtschaftlich in der Welt steht. Man darf auf dem internationalen Wirtschaftsparkett keinen Bedeutungsverlust riskieren.

Am 5. dieses Monats verkündete der Chef der EZB (Europäische Zentralbank), Mario Draghi, das historische Preistief für Geld in Höhe von 0,15%. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat einen negativen Einlagenzins für Banken in Höhe von 0,1%, wenn sie ihre überschüssige Liquidität bei der EZB lagern. Das bedeutet, dass die Banken bestraft werden, wenn sie Geld horten. Gleichzeitig gab Mario Draghi das Versprechen, den Banken neue Langfriskredite in Höhe von 400 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Die einzige Bedingung ist, dass die Banken und Kassen diese Kredite weitergeben müssen. Es ist schon absurd, wenn man sich die heutige Macht der EZB vor Augen hält, die nur aus dem Grund in Europa Feuerwehr spielen kann, weil die Politik zu schwach ist. Im Gremium sitzen Personen unter der Führung von Mario Draghi, die von niemandem gewählt und legitimiert wurden. Während die Macht der Deutschen Bundesbank schmilzt, wird sie bei der EZB größer. Die Deutsche Bundesbank repräsentiert zwar 29% der Wirtschaftsleistung in der Euro-Zone, doch Draghi lässt seine Muskeln spielen und verordnet dem Deutschen Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann jeden 5. Monat eine Abstimmepause, wenn es um Geldvergaben für Staaten und Banken geht. Dass das (mit Recht) für Ärger sorgt, sollte selbstverständlich sein. Bisher liest man in der Presse, dass Wolfgang Schäuble das im Moment noch unkritisiert hinnimmt. Ihm sollte aber klar sein, dass eine solche Gangart „überhaupt nicht geht“ und man ein Land, das in der Haftung steht, nicht mit einer Auszeit belegen kann. Es ist dringend an der Zeit, der EZB ein verändertes Regelwerk zu verpassen. Obwohl die EZB unabhängig sein sollte, hat sie in Europa einen enormen politischen Einfluss. Die getroffenen Maßnahmen sollen die Inflationsrate erhöhen und den Wechselkurs des Euro nach unten drücken. Die Erhöhung der Geldschwämme hat allerdings die Gefahr der Blasenbildung an den Finanzmärkten zur Folge. Auf Sicht wäre das Vertrauen in Papiergeld zerstört. Die EZB muss sich davor hüten, nach der Finanz- und Schuldenkrise in einer Geldkrise zu landen. Diese Zeche zahlen dann alle, die ihr Geld langfristig angelegt haben (Sparer, Lebens- und Rentenversicherer). Die Geldpolitik spiegelt sich im DAX wider. Er hat sich in den letzten 3 Jahren fast verdoppelt, obwohl die Wirtschaft nicht besser läuft. Der Anleger

allerdings erhofft sich ein bisschen mehr Rendite durch Aktien. Jeder weiß allerdings, dass nur Sparen und Investieren die Wirtschaft weiter bringen. Man spart wegen der Zinsen. Bei Null- oder Negativzinsen gibt es allerdings keinen Anreiz.

Die Preissteigerungen in der Euro-Zone sind historisch tief gefallen (niedriger als in Japan, Großbritannien, USA). Wenn die Verbraucher abwarten, dass alles noch billiger wird, verschieben Unternehmen eventuell anstehende Investitionen. Das wird zum Schrumpfen der Wirtschaft führen. Sollten die Maßnahmen der EZB die Inflation nicht anregen, werden wir für die Euro-Zone in diesem Jahr ein Wachstum von nur 1,1 % und im nächsten Jahr von 1,8 % erwarten können. Der Weltbank-Ökonom Burns rechnet aber 6 % jährliches Wachstum vor, um bis 2030 die Armut in der Welt auszurotten (in den letzten 3 Jahren nahm die Weltwirtschaft noch nicht einmal um 4% zu).

Die große Koalition stellt sich in selten bekannter politischer Eintracht dar. Man ist für soziale Gerechtigkeit und stöhnt gleichzeitig über leere Kassen. Jedem steuerzahlenden Bürger (und diejenigen, die keine Steuern zahlen, sollten es auch wissen) muss klar sein, dass die Leistungen für Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungen nur vom Steuerzahler erbracht werden können. Die Art der Finanzierung der abschlagsfreien Rente mit 63, sowie der Mütterrente, ist noch nicht bekannt. Bund, Länder und Kommunen erhoben 2005 ca. 450 Milliarden Euro Steuern und im Jahre 2015 werden es ca. 670 Milliarden Euro sein. Wenn man sich fragt, wo das ganze Geld hin wandert, muss man an die Zinsen denken, die der Bund für seine Schulden angehäuft hat. Was man mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro angestellt hat, wird schmerzliche wirtschaftliche Folgen haben. Ob die Wirtschaft den Zwang der Bundesregierung hinnimmt, die Aufsichtsräte zu mindestens 30 % mit Frauen zu besetzen, darf angezweifelt werden. Wahrscheinlich wird das ein Thema, mit welchem sich die Gerichte beschäftigen müssen. Auf jeden Fall ist das ein gravierender Eingriff in die Organisationsfreiheit der Unternehmen. Der Bundesjustizminister Heiko Maas plant ein „Unternehmerstrafrecht“. Danach sollen nicht mehr einzelne Manager bei Verstößen haften, sondern das gesamte jeweilige Unternehmen. Das kann aber doch nur sehr eng gedacht sein, denn damit zieht man automatisch die Belegschaft in „Sippenhaft“. Dass es bei einer solchen politischen Gangart Kritiker (Fachleute aus der Wirtschaft) auf den Plan ruft, ist nur zu verständlich. Wenn allerdings eine Ministerin Andrea Nahles substantiierte Kritik als „hysterisches Gejaule“ abtut, dann ist so etwas an Arroganz kaum zu übertreffen und mit der Vokabel frech gelinde beschrieben.

Die politischen Spielregeln mit der Wirtschaft sollten für die Zukunft überdacht werden. Jeder kennt das Sprichwort mit dem Teufel, der angeblich immer auf den größten Haufen macht. Oder anders: wer viel hat, bekommt noch mehr. Der Staat kann immer aus dem Vollen schöpfen. Deshalb meinen Andreas Marquart und Philipp Bagus, dass man das Geldsystem verändern müsste. Sie haben das Buch „Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden“ (FBV, 16,99 Euro) geschrieben.

Die Rohstoffmärkte

Gravierend haben sich die Kursveränderungen bei Nickel auf dem deutschen Edelstahlmarkt niedergeschlagen. In erster Linie sind die Exportrestriktionen Indonesiens daran schuld. Obwohl diese bereits vor Jahren per Gesetz auf den 12.01.2014 terminiert wurden, hat man nicht mit der konsequenten Durchsetzung gerechnet. Da diese Maßnahme per Gesetz beschlossen wurde, bedarf es nun eines neuen Gesetzes, um diese wieder zu verändern. Das allerdings wird Jahre dauern.

Mit einer Exportmenge von rund 50 Mio. to Nickelerz (in 2013) ist Indonesien weltgrößter Exporteur. Der überwiegende Teil (mehr als 40 Mio. to) wurde nach China geliefert. Hier ist der Grund dafür zu sehen, dass der ausbleibende Nickelnachschub den chinesischen Nickelroheisenproduzenten erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Eine Alternativversorgung (über Philippinen oder Neukaledonien) ist nicht möglich, denn indonesisches Nickel hat eine höhere Qualität, lässt sich leichter verarbeiten und bringt somit Kostenvorteile. Die indonesische Regierung meint es ernst, denn man will die Wertschöpfung im eigenen Lande erhöhen. Künftig sind nur Mienenbetreiber für den Export zugelassen, die in inländische Schmelzkapazitäten investieren. Es muss eine gewisse Garantiesumme bei einer Bank hinterlegt werden und diese ist für die 28 bisher zugelassenen Unternehmen (die in der Nickelproduktion arbeiten) nicht niedrig. Mienenbetreiber, die diesen Betrag nicht aufwenden können, sind wohl früher oder später gezwungen, ihre Miene zu schließen. Die Handelsrestriktionen der indonesischen Regierung sagen darüber hinaus aus, dass Ausfuhren künftig mit einer progressiv steigenden Exportsteuer belegt werden.

Kurzfassung der Nickelsituation in Indonesien: Verknappung und dadurch (nicht nur kurzfristig) deutlicher Preisanstieg. Diese Situation trifft Chinas Nickelroheisenindustrie gravierend.

Die Auswirkungen sind kurzfristig bei uns angekommen. Die Lagerbestände an der LME sind noch nicht gravierend abgebaut, aber im dritten Quartal könnte sich ein deutlicher Bestandsabbau abzeichnen. Das ruft wieder die sogenannten Experten auf den Plan, die in ihren Analysen unterschiedlicher nicht sein könnten. Während manche Auswirkungen wie in 2006 sehen, gibt es auf der anderen Seite Kursprognosen bis zu 30.000 US-\$ je to Nickel. Während einige für dieses Jahr noch einen Mengenüberschuss vorhersagen, sieht die INSG (International Nickel Study Group) bereits Ende diesen Jahres ein Angebotsdefizit. Der aktuelle Nickelkurs liegt bei ca. 18.000 US-\$/mt. Die charttechnische Bandbreite reicht von 17.150 US-\$/mt. an der Untergrenze bis zu 20.450 US-\$/mt. an der Obergrenze. Wir werden für Sie den weiteren Verlauf verfolgen und darüber in unserer nächsten Info berichten. Es darf also über den Rohstoffpreis und die Auswirkungen auf den LZ spekuliert werden.

Seit März dieses Jahres können wir auch bei Molybdän einen Preisverlauf nach oben erkennen. Überraschend wäre es nicht, wenn dieser Trend in den nächsten Wochen und Monaten anhalten würde.

Beim Chrom, sowie beim Schrott, sehen wir eine Stabilisierung. Das wird sich in der nächsten Zeit auch noch festigen.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

In Kurzfassung haben wir in unserem Mai-Rundschreiben den Markt beschrieben. Alles, was wir gesagt haben, hat sich bestätigt. Die geschilderte Versorgungssituation ex Indonesien hat fernöstliche Hersteller besonders betroffen. Da eine kurzfristige Alternativversorgung mit anderen Nickelerzeugnissen (Nickel Pig Iron oder Schrotteinsatz) nicht möglich ist, wurden postwendend die Verkaufspreise für rostfreie Erzeugnisse deutlich nach oben gesetzt. Durch die abgeschwächte Wettbewerbssituation der fernöstlichen Anbieter wittern europäische Rostfrei-Hersteller „Morgenluft“. Es wird erwartet, dass man die Kapazitätsauslastung steigern kann und damit namentlich bei kaltgewalzten rostfreien Flachprodukten künftig solche Preise erzielen kann, um nach Jahren der Durststrecke mal wieder Gewinne zu erzielen. Da werkseitig Liefertermine von September (eher Oktober) genannt werden, bleibt nichts anderes übrig, als schnell zu

ordern. Ratsam wäre, von den knappen Dispositionen der Vergangenheit weg zu gehen, und das Lager etwas üppiger auszustatten, um im Herbst keine unliebsamen Überraschungen zu erleben.

Nickelhöchst-/Tiefstpreise 2011 bis heute

2011 €/100 kg Kassa	2012 €/100 kg Kassa	2013 €/100 kg Kassa	Jan 14 €/100 kg Kassa	Feb 14 €/100 kg Kassa	Mrz 14 €/100 kg Kassa	Apr 14 €/100 kg Kassa	Mai 14 €/100 kg Kassa	Jun 14 €/100 kg Kassa	Juli 14 €/100 kg Kassa	Aug 14 €/100 kg Kassa	Sep 14 €/100 kg Kassa	Okt 14 €/100 kg Kassa	Nov 14 €/100 kg Kassa	Dez 14 €/100 kg Kassa
H 15.02. 2.140	H 07.02. 1.647	H 14.02. 1.376	H 22.01. 1.083	H 19.02. 1.055	H 24.03. 1.175	H 22.04. 1.322	H 13.05. 1.546	H 02.06. 1.429						
T 19.11. 1.272	T 16.08. 1.240	T 03.12. 985	T 09.01. 985	T 06.02. 1.024	T 03.03. 1.057	T 01.04. 1.0146	T 02.05. 1.315	T 13.06. 1.327						

Nickel-Vorräte London Metal Exchange (LME)

02.01.13 = 141.690/mt
31.12.13 = 261.636/mt
20.06.14 = 305.310/mt

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Der Preistrend über die ganze „Rostfrei“-Palette zeigt auch für die nächste Zeit nach oben. Wesentlich wird für die LZ-Ermittlung die Parität US-\$/Euro sein. Man muss kein Prophet sein, um für den Herbst einen LZ von min.1.450 €/to für Bleche in 1.4301 vorherzusagen. Die Preise für die anderen Güten passen sich entsprechend an.

W-Nr.	Tiefste LZ 2013 €/to	Höchste LZ 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
4016	11/13 - 413	05/13 - 490	426	436	431	406	430	434	447					
4113	11/13 - 533	08/13 - 581	551	565	561	534	581	619	659					
4301	11/13 - 1.002	03/13 - 1.319	997	1.033	1.048	1.074	1.186	1.358	1.394					
4310 *)	11/13 - 937	03/13 - 1.223	934	968	980	1.000	1.103	1.256	1.289					
4310Mo*)	11/13 - 996	03/13 - 1.302	999	1.033	1.045	1.062	1.179	1.352	1.403					
4404	11/13 - 1.486	03/13 - 1.964	1.476	1.523	1.547	1.583	1.778	2.083	2.185					
4521	11/13 - 724	06/13 - 881	749	765	762	732	803	878	945					
4539	11/13 - 2.659	03/13 - 3.654	2.681	2.749	2.803	2.900	3.275	3.902	4.097					
4571	11/13 - 1.489	01/13 - 1.999	1.496	1.544	1.569	1.607	1.805	2.116	2.219					

Edelstahlschrott

Der Rostfrei-Markt wirkt sich automatisch auf die Nachfrage nach rostfreiem Schrott aus – war also in den letzten Monaten spürbar abgeschwächt. Die Nachfrage aus dem Ausland konnte die Defizite am heimischen Markt nicht ausgleichen. Das hat dazu geführt, dass einige Anbieter im Schrottmarkt zwischenzeitlich ihr Geschäft mit rostfreien Schrotten aufgegeben haben. Die veränderte Marktsituation wird in nächster Zeit mit Sicherheit auch den Schrottmarkt deutlich beleben.

W-Nr.	höchst 2013 €/to	tiefst 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Sep. 390	Dez. 340	370	390	400	400	370	370						
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Jan. 1.320	Dez. 950	1.050	1.050	1.100	1.220	1.350	1.330						
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Jan. 1.850	Dez. 1.300	1.450	1.450	1.480	1.600	1.760	1.730						

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team